

„Opferfonds statt heißer Luft eines H&K-Anonymus“

Erste Kurzanalyse von Jürgen Grässlin zu den vermeintlich positiven Ankündigungen eines anonymen Heckler & Koch-Managers im Gespräch mit der *dpa* vom 28.11.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

am heutigen Tag veröffentlichte die *dpa* die Agenturmeldung „Grün statt Gelb: Waffenschmiede Heckler & Koch ändert ihre Strategie. Von Wolf von Dewitz, *dpa*“. Darin heißt es:

„Oberndorf/Neckar (dpa) - Auf der Weltkarte ist es ein Rückzug. Der Waffenhersteller Heckler & Koch will künftig kein Neugeschäft mehr mit Staaten außerhalb der Nato-Einflussphäre machen, wie aus Firmenkreisen verlautete. Soll heißen: Saudi-Arabien, Mexiko, Brasilien oder auch Indien fallen weg.

«Wir wollen nur noch solide Länder beliefern, also zweifelsfrei demokratisch, eindeutig nicht korrupt und in der Nato oder Nato-nah», sagt ein Mitarbeiter, der anonym bleiben will. Die Firma spricht hier von «grünen» Ländern. Die Türkei - ein «gelbes» Land - wird ebenfalls von der Kundenliste gestrichen.

*Begründet wird der Strategiewechsel damit, dass Exportgenehmigungen in solche Staaten nur schwierig oder gar nicht mehr zu bekommen seien. Zudem wolle man raus aus den negativen Schlagzeilen. «Auch moralische Kritik an solchen Exporten können wir durchaus nachvollziehen», erklärt der Manager. Der Kurswechsel wurde intern hitzig debattiert, denn das Exportpotenzial wird so eingeschränkt. [...]“ [Vollständiger Text der *dpa*-Meldung siehe im Anhang.]*

Hierzu folgende Kurzanalyse meinerseits:

1) Die Stellungnahme aus dem Unternehmen Heckler & Koch (H&K) gegenüber der *dpa* überrascht – widerspricht sie doch der Jahrzehnte lang praktizierten hemmungslosen Geschäftspolitik von Direktexporten und Lizenzvergaben (zum Nachbau) von H&K-Waffen in Krisen- und Kriegsgebieten in aller Welt.

H&K ist Deutschlands tödlichstes Unternehmen: Unter den H&K-Empfängern befanden und befinden sich traditionell kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, darunter zahlreiche Diktaturen. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden bislang mit Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen (aus der Oberndorfer Fertigung oder den mindestens 15 Lizenzstätten) erschossen – weitaus mehr verstümmelt, verkrüppelt und traumatisiert. Angesichts der auf dem Weltmarkt implementierten neuen H&K-Waffengeneration (Sturmgewehre G36 und HK416, Maschinenpistole MP7 etc.) muss bilanziert werden: Alle 13 Minuten stirbt im Durchschnitt ein Mensch durch eine Kugel aus dem Lauf einer H&K-Waffe.

Dass nunmehr ein H&K-Manager gegenüber der *dpa* erklärt, „auch moralische Kritik an solchen Exporten können wir durchaus nachvollziehen“, erklärt sich allenfalls durch den **massiven Druck, den die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ seit 2011 entwickelt hat. Insofern ist das H&K-Statement ein erfreulicher Erfolg für die Aufschrei-Kampagne!**

2) Eine wie auch immer geartete **Verbindlichkeit dieser Stellungnahme aus dem Unternehmen Heckler & Koch ist in keinster Weise gegeben.** Die *dpa*-Meldung

beinhaltet weder eine verbindliche Erklärung der H&K-Geschäftsführung noch eines H&K-Geschäftsführers noch eines einzigen namentlich bekannten H&K-Managers. Bisher findet sich auch keinerlei entsprechende Stellungnahme des Unternehmens auf der H&K-Homepage (siehe <http://www.heckler-koch.com/de/presse/pressemitteilungen.html> / 28.11.2016, 19:30 Uhr). Im Falle des nachfolgenden Bruchs dieser Stellungnahme (z.B. durch weitere Kriegswaffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei) kann niemand im Unternehmen persönlich des Wortbruchs bezichtigt werden – die H&K-Geschäftsführung könnte sich im Nachhinein sogar von der anonymen Einzelstimme distanzieren. **Der Glaubwürdigkeit halber bedarf es einer Erklärung der H&K-Geschäftsführung, die die Inhalte der anonymen Stellungnahme für verbindlich erklärt.**

3) **Heckler & Koch befindet sich zurzeit massiv in der Defensive**, u.a. wegen:

* meiner Strafanzeigen – unterstützt vom RüstungsInformationsBüro RIB e.V. – wegen des illegalen Exports mehrerer tausend G36-Sturmgewehre in verbotene Unruheprovinzen Mexikos. In der ersten Hälfte 2017 findet der **Strafprozess gegen ehemalige H&K-Geschäftsführer vor dem Landgericht Stuttgart** statt;

* der (ausschließlich im Kleinwaffenbereich wirkungsvoll) praktizierten restriktiven **Rüstungsexportkontrollen der Bundesregierung**, die mehrere Waffenexporte von H&K (z.B. nach Mexiko und Saudi-Arabien) unterbunden hat;

* der Finanzlage des Unternehmens. Laut *dpa* stand H&K „**kurz vor der Pleite**. Eine Anleihe über 295 Millionen Euro konnte 2011 nur mit einem Zinssatz von sage und schreibe 9,5 Prozent platziert werden.“ Mit anderen Worten: H&K benötigt dringend eine immens hohe Finanzspritze.

In dieser Notlage ist Imagebuilding dringend vonnöten.

4) Die anonyme unverbindliche Absichtserklärung eines H&K-Managers dient allen voran **der Imagewerbung des tödlichsten Unternehmens Deutschlands. Dringend werden weitere neue Großaufträge benötigt.** Die anstehende Fertigung von rund 100.000 Sturmgewehren für die französischen Streitkräfte reicht allein nicht zur Lösung der Finanzprobleme aus.

Entscheidend ist u.a. die Frage, ob es dem Unternehmen gelingt, den **Nachfolgeauftrag für die Beschaffung von rund 178.000 Sturmgewehren für die Bundeswehr zu erhalten. Der H&K-Cheflobbyist Volker Kauder kann vor allem dann hinter den Kulissen erfolgreich tätig werden**, wenn das Image des Unternehmens von blutrot auf „grüne Staaten“ umgestellt werden kann.

5) Die **angekündigte Neuausrichtung der H&K-Geschäftspolitik bezieht sich ausschließlich auf Neugeschäfte.** Zudem lassen die – teilweise begrüßenswerten – Ankündigungen des H&K-Anonymus viel Spielraum. **Mit keinem Wort wird ein Verbot von Lizenzvergaben versprochen.** Dabei stellen Lizenzvergaben (Vergabe von Blaupausen, Aufbau ganzer Werke mit Produktionslinien, massenhafte Fertigung von Kleinwaffen im Land der Lizenznehmer) die folgenschwerste Form des Rüstungsexports dar. Aufgrund des Nachbaus in 15 Ländern ist das Schnellfeuer-gewehr G3 heute mit rund 15 Millionen verbreiteten Exemplaren auf den Schlachtfeldern des Welt die Nummer 2 nach der Kalaschnikow.

Auch **Umgehungswege, z.B. der zukünftige Export an „gelbe“ oder „rote“ Länder über die US-Tochter HECKLER & KOCH Defence in Ashburn/Virginia in den USA**, sind in keinster Weise ausgeschlossen.

6) Die **Nagelprobe, ob es Heckler & Koch zukünftig ernst meint mit der ausschließlichen Belieferung „solider Länder“** („... also zweifelsfrei demokratisch, eindeutig nicht korrupt und in der Nato oder Nato-nah...“) **ist Saudi-Arabien**. Das wahhabitische Herrscherhaus in Riad unterdrückt die Demokratiebewegung auch mit H&K-Waffen im eigenen Land, steht in engem Kontakt zu Terrororganisationen wie dem „Islamischen Staat“ und führt seit März 2015 Krieg gegen den Jemen mit tödlichen Folgen für die Zivilbevölkerung.

Saudi-Arabien hat 2008 eine G36-Gewehrlizenz erhalten, H&K hat die Errichtung der G36-Produktionslinie bei der staatlichen saudischen Firma MIC umgesetzt. Seither verfügen die menschenrechtsverletzenden und kriegführenden Militärs Saudi-Arabiens über Abertausende von Sturmgewehren. Allerdings muss H&K zur Aufrechterhaltung der G36-Produktion Bauteile für Gewehre („golden parts“, wie z.B. Verschlusssteile) zuliefern, die lediglich im Oberndorfer Stammwerk gefertigt werden dürfen.

Hier hat sich der H&K-Anonymus eindeutig negativ positioniert. Laut *dpa* wolle man „alten Verpflichtungen“ nachkommen, „heißt es aus der Firma. Rein betriebswirtschaftlich ist das verständlich - in Saudi-Arabien hat H&K millionenschwere Sicherheiten hinterlegt.“ **So leistet H&K also weiterhin Beihilfe zu Mord – in diesem Fall durch saudische Sicherheitskräfte mit H&K-Waffen.**

7) Um ernsthaft Glaubwürdigkeit herzustellen, muss die H&K-Geschäftsführung **die Schuld des Unternehmens am weltweiten Morden und Massenmorden mit H&K-Waffen eingestehen, ernsthafte Schritte der Wiedergutmachung und Versöhnung einleiten und den Umstellungsprozess auf eine nachhaltige zivile Fertigung (Rüstungskonversion) einleiten.**

Ein erster sinnvoller Schritt wäre die Gründung und Finanzierung eines Fonds für die Opfer von Heckler & Koch-Waffen (Opferfonds) in aller Welt.

Jürgen Grässlin

ist Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.).

Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte, vielfach schwerpunktmäßig von Heckler & Koch und die Opfer des Unternehmens. Zuletzt verfasste er das »Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient« (2013) und das »Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden« (2015).

Grässlin wurde mit zahlreichen Preisen für Frieden und Zivilcourage ausgezeichnet, u.a. mit dem »Aachener Friedenspreis« (2011). Zuletzt wurde ihm der »GRIMME«-Preis (2016) verliehen, am 10. Dezember 2016 wird ihm der »Stuttgarter Friedenspreis« überreicht.

Kontakt: Tel.: 0761-76 78 208, Mob.: 0170-611 37 59,

E-Mail: graesslin@dfg-vk.de, weitere Informationen siehe www.juergengraesslin.com

Anhang

28.11.2016 / WIRTSCHAFT WI / DPA **Grün statt Gelb: Waffenschmiede Heckler & Koch ändert ihre Strategie Von Wolf von Dewitz, dpa**

Pistolen, Sturmgewehre, Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Granatwerfer - das ist die Produktpalette der Waffenschmiede Heckler & Koch. Die Firma steckte in der Krise und stand kurz vor der Pleite. Und jetzt?

Oberndorf/Neckar (dpa) - Auf der Weltkarte ist es ein Rückzug. Der Waffenhersteller Heckler & Koch will künftig kein Neugeschäft mehr mit Staaten außerhalb der Nato-Einflussphäre machen, wie aus Firmenkreisen verlautete. Soll heißen: Saudi-Arabien, Mexiko, Brasilien oder auch Indien fallen weg. «Wir wollen nur noch solide Länder beliefern, also zweifelsfrei demokratisch, eindeutig nicht korrupt und in der Nato oder Nato-nah», sagt ein Mitarbeiter, der anonym bleiben will. Die Firma spricht hier von «grünen» Ländern. Die Türkei - ein «gelbes» Land - wird ebenfalls von der Kundenliste gestrichen.

Begründet wird der Strategiewechsel damit, dass Exportgenehmigungen in solche Staaten nur schwierig oder gar nicht mehr zu bekommen seien. Zudem wolle man raus aus den negativen Schlagzeilen. «Auch moralische Kritik an solchen Exporten können wir durchaus nachvollziehen», erklärt der Manager. Der Kurswechsel wurde intern hitzig debattiert, denn das Exportpotenzial wird so eingeschränkt.

Bei Branchenfachleuten findet das Zustimmung. «Prinzipiell ist es genau das, was wir fordern», sagt etwa Wolf-Christian Paes vom Internationalen Konversionszentrum Bonn. Allerdings folge die Firma damit der politischen Realität. Die Ausfuhrrestriktionen seien unter der Bundesregierung verschärft worden. «Heckler & Koch springt auf einen fahrenden Zug auf - das ist legitim, aber kein Gutmenschentum.»

Die schwäbische Waffenschmiede mit ihren 850 Mitarbeitern und rund 200 Millionen Euro Jahresumsatz hat stürmische Zeiten hinter sich. Waffenlieferungen nach Mexiko riefen die Staatsanwaltschaft auf den Plan, sie wirft der Firma Verstöße gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz vor. Im kommenden Jahr werden Ex-Manager sowie die Firma selbst als Mitbeschuldigte vor Gericht stehen.

«Heckler & Koch ist nicht der einzige Kleinwaffen-Hersteller, der zwielichtige Geschäfte gemacht hat - aber er ist der einzige, der deswegen vor Gericht steht», sagt Pieter Wezeman vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri.

Sein Bonner Kollege Paes ergänzt, die Verkaufspraktiken von Heckler & Koch seien in der Vergangenheit zwar durchaus aggressiv gewesen. Da habe man anderen Waffenherstellern aus anderen Staaten aber nicht nachgestanden. «Man ging bisher branchenüblich vor - da der Standard der Branche aber sehr niedrig ist, ist das nicht unbedingt positiv.»

Betriebswirtschaftlich sah es für die Firma lange schlecht aus, das Unternehmen stand kurz vor der Pleite. Eine Anleihe über 295 Millionen Euro konnte 2011 nur mit einem Zinssatz von sage und schreibe 9,5 Prozent platziert werden. Um den Druck des Kapitalmarkts etwas zu senken, stellte Mehrheitseigner Andreas Heeschen 2015 eine Finanzspritze von 60 Millionen Euro zur Verfügung. Anfang 2016 übernahm dann der Ex-Chef des Pumpenherstellers Putzmeister, Norbert Scheuch, den Chefessel. Der setzte die Grüne-Länder-Strategie durch.

Die Geschäfte liefen zuletzt besser, Frankreichs Armee bestellte gut 100 000 Sturmgewehre. Letztlich wirkt sich auch die erhöhte Terrorgefahr positiv auf die Auftragsbücher aus. Nach dem Anschlag von Nizza bestellten Frankreichs Ordnungshüter 2000 Sturmgewehre, 3000 Maschinenpistolen gehen an Baden-Württembergs Polizei.

Die Verschuldung sank zuletzt deutlich auf rund 230 Millionen Euro. Die Firma kehrte in die Gewinnzone zurück - in den ersten drei Quartalen 2016 wurde ein Ertrag von 3,8 Millionen Euro erzielt, nach einem Verlust von 10,3 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum.

Positiv bemerkbar macht sich auch ein höherer Kassenbestand. Waren es vor einem Jahr nur 13 Millionen Euro, sind es inzwischen 30 Millionen Euro. Das beruhigt Anleger. Die H&K-Anleihe - Anfang des Jahres an der Börse noch mit 20 Prozent im Minus - ist nun wieder auf etwa 100 Prozent, also dem gleichen Wert wie zur Ausgabe.

«In diesem Jahr hat sich operativ einiges getan und positiv entwickelt - aber die Verschuldung ist noch immer zu hoch», sagt Moody's-Analyst Moritz Melsbach. Kollegin Anke Rindermann sieht die Grüne-Länder-Strategie positiv. «Dadurch verbessert sich die Qualität des Orderbuchs. Es sind also weniger Risiken und weniger Verzögerungen bei Exporten - das macht das Geschäft kalkulierbarer.» Aber die Firma bleibe auf «non-investment grade», also spekulativ».

Ein Bremsklotz für gute Geschäfte sind die restriktiven deutschen Gesetze zur Waffenausfuhr. «Da agieren sie deutlich eingeschränkter als Wettbewerber aus Israel, Tschechien, Italien oder Belgien», erklärt Sipri-Experte Wezeman. Das habe in Deutschland politische und letztlich auch historische Gründe. «Heckler & Koch verkauft ein Produkt, mit dem getötet werden soll - dieses Stigma wird in Deutschland viel stärker wahrgenommen als in anderen Staaten.» Wie aus Unternehmenskreisen verlautete, wartet man in mehr als einem Dutzend Fällen auf grünes Licht der Behörden für Exporte - etwa in den Oman und nach Singapur. Für eine Waffenfabrik in Saudi-Arabien fehlen Bauteile für Gewehre - «golden parts», also Verschlusssteile, die nur in Deutschland hergestellt werden dürfen.

Fast schon absurd: Von 100 Bauteilen für das Gewehr können 94 vor Ort in Saudi-Arabien fabriziert werden, nur sechs fehlen. Weil genau die aber nicht kommen, ist die ganze Fabrik nutzlos. Die Saudis grollen, die Bundesregierung gibt dennoch kein grünes Licht. Vor einigen Monaten erzwang H&K vor dem Frankfurter Verwaltungsgericht, dass die Regierung entscheiden muss - egal wie.

Dass H&K auf der Saudi-Arabien-Ausfuhr beharrt und noch auf die Genehmigung für den Oman und Singapur wartet, ist übrigens kein Widerspruch zur Grüne-Länder-Strategie - denn die gilt nur fürs Neugeschäft. Alten Verpflichtungen wolle man nachkommen, heißt es aus der Firma. Rein betriebswirtschaftlich ist das verständlich - in Saudi-Arabien hat H&K millionenschwere Sicherheiten hinterlegt.